



## Wer soll das bezahlen?

von Stefan Bach\*

Die scharfe Rezession treibt die öffentlichen Haushalte in eine tiefe Krise. Die Steuereinnahmen brechen weg und die Ausgaben steigen. Hinzu kommen die Steuersenkungen und Ausgabenprogramme im Rahmen der Konjunkturpakete. In diesem Jahr wird das Haushaltsdefizit auf über drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts hochschnellen, 2010 werden es wohl fünf bis sechs Prozent sein. Selbst wenn das Wirtschaftswachstum wieder zügig anzieht und das Defizit 2011 unter die Drei-Prozent-Quote gedrückt werden kann, wird die Staatsverschuldung steil ansteigen. Lag sie 2008 noch bei 66 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, so könnten es Ende 2011 knapp 80 Prozent werden. Je Einwohner bedeutet das einen Anstieg der Schuldenlast um 4 000 Euro gegenüber 2008, schon jetzt beträgt sie 20 000 Euro.

Wer soll das bezahlen? Natürlich wir alle, über künftig höhere Steuern oder gekürzte öffentliche Leistungen. Die Haushaltsdefizite müssen über die Konjunkturzyklen hinweg gegen Null gehen. Dazu ist die neue Schuldenbremse ein wichtiges und richtiges Signal. Wenn mittelfristig die Defizite auf 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts begrenzt werden und die Wirtschaft im längerfristigen Durchschnitt um 1,5 Prozent jährlich wächst, wird die Schuldenquote sukzessive sinken.

Dazu muss ein strukturelles Defizit von zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts konsolidiert werden, also etwa 50 Milliarden Euro im Jahr. Alle staatlichen Leistungen müssen auf den Prüfstand. Neben Subventionen und Verwaltungsausgaben dürfen dabei auch die Sozialleistungen nicht tabu sein, denn die machen mit einem Viertel den größten Posten im Staatsbudget aus. Zur Not muss man hier linear kürzen. Wenn man das nicht will, Stichwort Rentengarantie, müssen eben die Steuern angehoben werden. Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer oder der Ökosteuer kürzt die Sozialleistungen indirekt und belastet die Erwerbs- und Kapitaleinkommen gleich mit. Auch die Sozialbeiträge sind zurzeit zu niedrig, um die Sozialkassen dauerhaft zu stabilisieren, wenn deren Ausgaben auf dem derzeitigen Niveau bleiben sollen.

Kürzungen von Sozialleistungen oder Erhöhungen indirekter Steuern und Sozialbeiträge treffen niedrige Einkommen relativ stark. Zum Ausgleich wird man wohl die Besserverdienenden weiter in die kalte Steuerprogression laufen lassen müssen. Aber auch moderate Erhöhungen der Reichensteuer oder stärkere Belastungen größerer Vermögen sind durchaus möglich. Denn der europäische Senkungswettlauf bei den Unternehmens- und Kapitaleinkommensteuern wird bald zu Ende gehen, da deren Protagonisten dem Staatsbankrott bedrohlich nahe kommen.

\* Stefan Bach ist stellvertretender Leiter der Abteilung Staat des DIW Berlin.

**Impressum**

DIW Berlin  
Mohrenstraße 58  
10117 Berlin  
Tel. +49-30-897 89-0  
Fax +49-30-897 89-200

**Herausgeber**

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann  
(Präsident)  
Prof. Dr. Tilman Brück  
Dr. habil. Christian Dreger  
Prof. Dr. Claudia Kemfert  
Prof. Dr. Alexander Kritikos  
Prof. Dr. Viktor Steiner  
Prof. Dr. Gert G. Wagner  
Prof. Dr. Christian Wey

**Chefredaktion**

Kurt Geppert  
Carel Mohn

**Redaktion**

Tobias Hanraths  
PD Dr. Elke Holst  
Susanne Marcus  
Manfred Schmidt

**Pressestelle**

Renate Bogdanovic  
Tel. +49 – 30 – 89789–249  
presse@diw.de

**Vertrieb**

DIW Berlin Leserservice  
Postfach 7477649  
Offenburg  
leserservice@diw.de  
Tel. 01805–19 88 88, 14 Cent./min.  
Reklamationen können nur innerhalb  
von vier Wochen nach Erscheinen des  
Wochenberichts angenommen werden;  
danach wird der Heftpreis berechnet.

**Bezugspreis**

Jahrgang Euro 180,–  
Einzelheft Euro 7,–  
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer  
und Versandkosten)  
Abbestellungen von Abonnements  
spätestens 6 Wochen vor Jahresende  
ISSN 0012-1304  
Bestellung unter leserservice@diw.de

**Satz**

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

**Druck**

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –  
auch auszugsweise – nur mit  
Quellenangabe und unter Zusendung  
eines Belegexemplars an die Stabs-  
abteilung Kommunikation des DIW  
Berlin (Kundenservice@diw.de)  
zulässig.

Gedruckt auf  
100 Prozent Recyclingpapier.